

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Institut für Konjunkturforschung

WOCHEN BERICHT

35. Jahrgang

Berlin, den 28. November 1968

Nummer 48

Aufwertung ohne Paritätsänderung

Am 19. November hat die Bundesregierung Maßnahmen zur Eindämmung der deutschen Ausfuhrüberschüsse beschlossen. Die Eingriffe richten sich simultan auch gegen die von den außenwirtschaftlichen Transaktionen und Überschüssen befürchteten Preisauftriebendenzen im Inland und gegen die Spekulation auf eine Aufwertung der Deutschen Mark.

Der Zeitpunkt, zu dem diese Maßnahmen vorgeschlagen wurden, ist stark von der internationalen Spekulation beeinflusst worden. In der Wahl der Gegenmittel ist die Bundesregierung jedoch diesem Druck nicht gefolgt. Anstelle einer Paritätsveränderung hat sie es vorgezogen, den gewünschten Aufwertungseffekt durch steuerliche Maßnahmen herbeizuführen: Die Einfuhrumsatzsteuer wird generell um 4 vH gesenkt, die Warenausfuhr wird mit 4 vH Exportsteuer belastet.

Die Regierung ist damit zum Teil auf einen an dieser Stelle zur Diskussion gestellten Vorschlag eingegangen¹, nämlich eine zusätzliche Förderung der Einfuhr durch eine zeitweilige Aussetzung oder Senkung der Einfuhrumsatzsteuer vorzunehmen. Dieser Vorschlag des Instituts hatte zwei Hauptmotive: Einmal würde — anders als bei einer eventuellen Aufwertung — die Ausfuhrentwicklung nicht negativ beeinflusst werden; zum anderen ließe sich eine steuerliche Maßnahme, falls es die gesamtwirtschaftliche Entwicklung erforderte, leichter wieder rückgängig machen als eine Aufwertung.

Dadurch, daß die Regierung diese Maßnahme in erweiterter Form vorschlägt und auch die Ausfuhr steuerlich beeinflusst, ist der vom DIW in den Vordergrund gestellte Effekt der Einseitigkeit aufgegeben worden. Hierbei mag mitgespielt haben, daß Mißbräuche bei der einseitigen Regelung, z. B. durch den Reexport verbilligter Einfuhrwaren, nicht ausgeschlossen werden konnten, und daß die deutsche Exportposition durch verbilligten Einkauf von Rohstoffen und von anderen Vorprodukten im Ausland generell verbessert worden wäre.

Eine zusätzliche Exportsteuer in der geplanten Höhe beugt aber nicht nur diesen mit einer einseitigen Maßnahme verbundenen Gefahren vor, sondern führt auch zu einer Nettobelastung der deutschen Exporte.

Bei einer vorläufigen ökonomischen Wertung kann von zwei Axiomen ausgegangen werden:

1. Die Quasi-Aufwertung ist ausschließlich außenwirtschaftlich motiviert. Dennoch sind mit ihr nicht unerhebliche Dämpfungseffekte auf die Produktion verbunden.
2. Wird eine gesamtwirtschaftliche Expansionsdämpfung hingenommen, so wird sich dies nicht zuletzt auch in einer nachlassenden Importnachfrage der deutschen Wirtschaft äußern. Damit entfele binnen kurzem die wichtigste Voraussetzung für die Wirksamkeit der Maßnahme.

¹ Vgl. Wochenbericht des DIW, Nr. 39 vom 26. September 1968.

In allen Konjunkturprognosen für das Jahr 1969 wurde bisher — trotz gewisser Unterschiede beim Zuwachs des realen Sozialprodukts — eine Beibehaltung der hohen Exportüberschüsse der Bundesrepublik erwartet. Der hohe deutsche Außenbeitrag ist also in allen Vorausschätzungen eine wesentliche Bedingung des weiteren gesamtwirtschaftlichen Wachstums. Folgt man der vor einem halben Monat vorgelegten Prognose des DIW² und bezieht die Wirkungen der außenwirtschaftlichen Maßnahmen der Regierung ein, so ergeben sich die folgenden Effekte³:

Im Unterschied zu einer Aufwertung, die die steuerlichen Maßnahmen fast ausschließlich die Warenströme; die Dienstleistungen werden wenig tangiert.

Im Unterschied zu einer DM-Aufwertung, die die deutschen Ausfuhren für das Ausland unmittelbar verteuert hätte, setzen entsprechende Wirkungen der steuerpolitischen Maßnahmen voraus, daß die deutschen Exporteure die steuerliche Mehrbelastung in den Exportpreisen an die ausländischen Abnehmer weitergeben. Wirken bei einer Aufwertung die Verringerung des realen Ausfuhrvolumens und Preiskonzessionen der deutschen Exporteure in gleicher Richtung auf eine Minderung der DM-Exporteurelöse, so ist bei der Exportbesteuerung mit entgegengesetzten Preis-Mengen-Bewegungen zu rechnen.

Eine Aufwertung wirkt tendenziell abschwächend auf die Entwicklung der Importausgaben, weil sich die Einfuhr, in D-Mark gerechnet, verbilligt. Dagegen bleiben die deutschen Einfuhrpreise frei Grenze von der steuerlichen Minderbelastung der Einfuhrwaren zunächst unberührt. Jede zusätzliche Erhöhung des realen Einfuhrvolumens würde sich mithin — anders als bei einer Aufwertung — unmittelbar in vermehrten Importausgaben niederschlagen.

Das bedeutet, daß sich die Reduzierung der deutschen Exportüberschüsse bei einer Aufwertung primär zu Lasten der Exporterlöse vollzöge, während die steuerpolitischen Maßnahmen vor allem eine Steigerung der Importausgaben erwarten lassen. Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht lassen beide Maßnahmen dagegen keine unterschiedliche Bewertung zu: Minderung der Auslandsnachfrage und vermehrte Importe wirken in gleicher Richtung auf eine Dämpfung der Binnenkonjunktur.

Bei der Schätzung der Auswirkungen der steuerpolitischen Maßnahmen auf die Außenhandelsentwicklung wird von der vor kurzem an dieser Stelle veröffentlichten Prognose eines Wachstums des Sozialprodukts für 1969 von real 4 vH und nominal 6,6 vH ausgegangen. Dabei wurde angenommen, daß die deutsche Ausfuhr im kommenden Jahr nominal um 8 vH, die Einfuhr um 10 vH wachsen und der Außenbeitrag 15,5 Mrd. DM betragen wird. Der Überschuß im Warenverkehr stellt sich dabei auf knapp 21 Mrd. DM.

Anhaltspunkte für die Schätzung der Preiselastizitäten der Nachfrage gibt die Außenhandelsentwicklung im Anschluß an die DM-Aufwertung vor acht Jahren. Wegen der unterschiedlichen konjunkturellen Ausgangssituation in der BRD können die Koeffizienten, die 1961 galten, aber nur bedingt auf das Jahr 1969 übertragen werden. Es ist indessen anzunehmen, daß ein großer Teil der Wareneinfuhr (Rohstoffe, Halbwaren und Ernährungsgüter — letztere sollen ohnehin von der steuerlichen Entlastung ausgenommen werden) unabhängig von der konjunkturellen Situation im Inland weitgehend unelastisch auf Preisveränderungen reagiert, wie sie hier diskutiert werden. Bei der Fertigwareneinfuhr wird von einer Preiselastizität in der Größenordnung von — 2 und bei der Warenausfuhr im Durchschnitt von etwas mehr als — 1 ausgegangen.

Es wurde unterstellt, daß die deutschen Exporteure im Durchschnitt etwa zwei Drittel der Exportsteuer in die Ausfuhrpreise einkalkulieren; ein Teil der Mehrbelastung der Exportumsätze wird durch die verbilligte Einfuhr von Vor- und Zwischenprodukten ausgeglichen.

Einfluß der steuerlichen Maßnahmen auf die Außenwirtschaft der BRD¹⁾ im Jahre 1969

	Ursprüngliche Prognose		Prognose nach der Quasi-Aufwertung	
	Mrd. DM	Zuwachs in vH	Mrd. DM	Zuwachs in vH
Ausfuhr, nominal zu Preisen von 1968 . .	132,5 131,5	8,3 7,8	132 128,5	8 5
Einfuhr, nominal zu Preisen von 1968 . .	117,0 116,5	10,2 9,6	120 119,5	13 12,5
Außenbeitrag, nominal zu Preisen von 1968 . .	15,5 15,0	· ·	12 9	· ·
¹⁾ Berechnet unter Annahme unveränderten realen Wachstums des Sozialprodukts.				

² Vgl. „Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 1969“, Wochenbericht des DIW, Nr. 46/47 d.J.

³ Dabei konnten die Einflüsse der im Zusammenhang mit den Beratungen des sogenannten Zehnerclubs von einzelnen Partnerländern beschlossenen restriktiven Maßnahmen noch nicht berücksichtigt werden.

Die Überschüsse im Warenverkehr und damit auch der Außenbeitrag werden unter diesen Annahmen real um 6 Mrd. DM kleiner ausfallen, als in der früheren Prognose berechnet worden war. In der nominalen Rechnung fällt die Verminderung des Exportüberschusses allerdings nur etwas mehr als halb so groß aus.

Bezogen auf die für 1969 ursprünglich prognostizierte Wachstumsrate des realen Sozialprodukts bedeutet die Quasi-Aufwertung einen Ausfall von mindestens einem Wachstumspunkt. Neben dem unmittelbaren Effekt der Reduzierung des realen Außenbeitrags sind Sekundärwirkungen auch in anderen Verwendungsbereichen zu erwarten. Wie stark die Investitionsneigung der privaten Unternehmen betroffen werden wird, ist dabei kaum zu quantifizieren.

Es kann nicht angenommen werden, daß die Wirtschaftspolitik diese Auswirkungen bewußt in Kauf zu nehmen bereit ist. Der Erfolg des außenwirtschaftlichen Eingriffs hängt im Gegenteil entscheidend davon ab, daß das ursprünglich angenommene Wachstum unverändert bleibt. Die Maßnahmen zur außenwirtschaftlichen Absicherung müssen konsequenterweise von flankierenden binnenwirtschaftlichen Maßnahmen begleitet sein.

Die mittelfristige Zielprojektion der Bundesregierung — Grundlage der mittelfristigen Finanzplanung — sah ursprünglich auch für 1969 eine nicht unerhebliche Netto-Kreditaufnahme des Staates vor. Die stark wachsenden Steuereinnahmen hätten die Inanspruchnahme dieses Kreditspielraums im nächsten Jahr — ohne die außenwirtschaftliche Restriktion — weitgehend erübrigt. In der veränderten Situation muß dieser Spielraum zur Gewährleistung einer Verstetigung des Wirtschaftswachstums bei verbessertem außenwirtschaftlichen Gleichgewicht genutzt werden.

Zweckmäßige Ansatzpunkte fiskalpolitischer Maßnahmen liegen bei den öffentlichen Investitionen

unter Einschluß der öffentlichen Unternehmen (Bahn und Post) sowie bei den öffentlichen Verbrauchsausgaben, sowohl im Personal- als auch im Verteidigungsbereich. Auf der Einnahmenseite bieten sich Korrekturen bei solchen Steuerarten an, die infolge der Progressionswirkungen oder zu hoch gewählter Sätze bei der Neueinführung (Mehrwertsteuer) auch aus Gründen einer ausgewogeneren Struktur sowie zur Vermeidung zu hoher Belastungsquoten früher oder später ohnehin hätten überprüft werden müssen. Derartige Steuerermäßigungen ließen auch den privaten Verbrauch stärker wachsen als bisher angenommen. Nach wie vor bleibt — nun noch mehr als vorher — die schon in den „Grundlinien“ an dieser Stelle vertretene Forderung gültig, daß zusätzliche Devisenausgleichszahlungen an die Alliierten nicht zu Lasten von inlandswirksamen Ausgaben finanziert werden dürfen.

Ein abschließendes Urteil über das Ausmaß der insgesamt erforderlichen fiskalpolitischen Maßnahmen kann zur Zeit nicht abgegeben werden. Zunächst muß mit ihnen der obengenannte Produktionsausfall von rund 6 Mrd. DM aufgefangen werden. Eine dauerhafte Herabsetzung des realen Außenbeitrags kann allerdings erst von einer noch weiter verstärkten Expansion der Binnennachfrage erwartet werden.

Die Maßnahmen zur außenwirtschaftlichen Absicherung dürften auch von der Preissituation her den Entschluß zu einer expansiveren Wirtschaftspolitik erleichtern. Die Wirkungen der Einfuhrverbilligung auf die Preisentwicklung des privaten Verbrauchs werden nicht unerheblich sein.

Der Entschluß der Bundesregierung für flankierende binnenwirtschaftliche Maßnahmen sollte rasch gefaßt werden. Vor allem sollte die Wirtschaft sicher sein können, daß sie mit einer ungebrochenen Expansion rechnen kann, damit nicht von eventuellen Revisionen privater Investitionspläne zusätzliche aufschwungsdämpfende Wirkungen ausgehen.

Modifizierte Entwicklungsfinanzierung durch die Weltbank

Auf der Jahrestagung der Weltbankgruppe und des Internationalen Währungsfonds vom 30. September bis 4. Oktober 1968 in Washington wurden für die künftige Kapitalbereitstellung an Entwicklungsländer neue Akzente gesetzt:

— Die Darlehensgewährung der Weltbankgruppe soll im Vergleich zu den vergangenen fünf Jahren im nächsten Jahrfünft verdoppelt werden. Eine verstärkte Weltbankaktivität wird angestrebt, weil „der Bedarf an Entwicklungshilfe nie höher und die Bereitschaft zur Gewährung von Hilfeleistungen . . . zu keiner Zeit so gering war wie gegenwärtig“.

— Die bisherige Vergabepolitik soll revidiert werden bei gleichzeitiger Veränderung der geographischen und sektoralen Verteilung der Entwicklungshilfe. Die Projektfindung soll intensiviert werden und „in immer stärkerem Maße . . . solche Vorhaben in Betracht (ziehen), die am meisten zur grundlegenden Entwicklung der gesamten Volkswirtschaft eines Landes beitragen“.

Mit der angekündigten Neuorientierung der Vergabepolitik stellt sich die Frage nach den möglichen Auswirkungen auf Quantität und Qualität des Nettokapitalstroms in Entwicklungsländer.

Quantitative Aspekte der Weltbankinitiative

Von 1947 bis einschließlich 30. Juni 1968 wurden von der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD) und der Internationalen Entwicklungs-Organisation (IDA) Kredite in Höhe von insgesamt 13,0 Mrd. \$ zugesagt¹. Davon gingen jedoch nur 9,7 Mrd. \$, d. h. rund 75 vH, an Entwicklungsländer²; die restlichen 3,3 Mrd. \$ verteilten sich auf Industrieländer, wie Frankreich und Japan, sowie Staaten, die von der OECD nicht zu den Entwicklungsländern gezählt werden, z. B. Island, Portugal und Finnland.

Die Auszahlungen der Weltbank (ohne IDA) erreichten im Durchschnitt der Jahre 1964–1967 677 Mill. \$, wobei der Betrag des Jahres 1967 geringfügig unter dem des Jahres 1966, dieser jedoch erheblich über dem der Jahre 1965 und 1964 lag. Die Hilfe wurde fast ausschließlich in konvertiblen Währungen geleistet; jeweils nur etwa 2 vH wurden in Währungen der Entwicklungsländer gezahlt. Werden von den Auszahlungen die Rückzahlungen abgezogen, die im Durchschnitt der Jahre 1964 bis

1967 322 Mill. \$ betrugen, so verbleiben 355 Mill. \$ als durchschnittliche jährliche Nettoleistungen. In diesem Betrag sind auch die Auszahlungen der Weltbank an Nicht-Entwicklungsländer enthalten. Die durchschnittlichen jährlichen Nettozahlungen der IBRD und der IDA, die in Entwicklungsländer geflossen sind, dürften bei 300 Mill. \$ gelegen haben.

Weltbankaktivität und Nettokapitalstrom in Entwicklungsländer in Mill. US-\$

	1964	1965	1966	1967	30. 6. 1968
Zusagen der IBRD ¹⁾ . . .	709	1138	891	569	474
Auszahlungen der IBRD .	559	604	782	763	385
Rückzahlungen an die IBRD	280	314	336	359	177
Nettoauszahlungen der IBRD	279	290	446	404	208
Nettokapitalstrom in Entwicklungsländer ²⁾ . .	9426	10641	10937	11320	·
Öffentl. bilaterale u. private Hilfe					
Nettoauszahlungen ²⁾ . .	8623	9733	9998	10310	·
davon: BRD ³⁾	698	687	702	·	·
USA ³⁾	4566	5336	4527	·	·

¹⁾ Nach Angaben in International Financial Statistics, diverse Bände 1963 bis 1968. — ²⁾ Gemäß OECD, Development Assistance and Recent Trends, 4. 7. 68. — ³⁾ Gemäß OECD, Development Assistance Efforts and Policies, 1967 Review; Differenzen in den absoluten Zahlen der unter ²⁾ und ³⁾ genannten Quellen schlagen sich in den im Haupttext angegebenen durchschnittlichen vH-Zahlen nicht nieder.

In der Mitte der sechziger Jahre stellten die westlichen Industrieländer den Entwicklungsländern durchschnittlich jährlich rund 10,5 Mrd. \$ netto zur Verfügung. Die Nettoauszahlungen der IBRD und IDA machten somit nur 3 vH des gesamten Nettokapitalzuflusses aus. Im Vergleich dazu brachten die USA 47 vH und die BRD 7 vH der Kapitalhilfe auf; in beiden Ziffern ist die multilaterale Hilfe nicht enthalten. Allein die öffentlichen bilateralen und privaten Leistungen der Bundesrepublik Deutschland überstiegen demnach das von der IBRD und IDA transferierte Kapitalvolumen um mehr als das Doppelte.

Die Erhöhung der Auszahlungen der Weltbank innerhalb der nächsten fünf Jahre wird kaum den — nach den Haushaltsansätzen — vorerst zu befürchtenden Rückgang der Entwicklungshilfeleistungen der übrigen Geber kompensieren können. Die Auszahlungen müßten bereits im kommenden Jahr mehr als verdoppelt werden, um allein die Kürzung des Budgetansatzes der USA für die Entwicklungshilfe im Fiskaljahr 1968/69 ausgleichen zu können.

¹⁾ Quelle: International Financial Statistics und Jahresberichte der IBRD und IDA.
²⁾ Gemäß OECD/DAC-Abgrenzung.

Immerhin bleibt abzuwarten, ob die Weltbank aufgrund ihrer relativen Unabhängigkeit und anerkannten Leistungen eine Signalfunktion für andere Geber ausüben wird, ihrerseits die Entwicklungshilfeleistungen substantiell zu erhöhen.

Qualitative Aspekte der Weltbankinitiative

Trotz erhöhter Aktivität soll die Qualität der von der Weltbankgruppe geförderten Projekte bzw. Programme nach den Äußerungen ihres Präsidenten, R. S. McNamara, nicht beeinträchtigt werden. Um den häufig beklagten Mangel an geeigneten Projekten zu überwinden, sollen künftig mehr Weltbankspezialisten bei der Vorbereitung von Projektvorhaben insbesondere in solchen Ländern eingesetzt werden, die am hilfsbedürftigsten sind, bisher jedoch — eben wegen ihrer Rückständigkeit — kaum geeignete Projekte bzw. Programme vorlegen konnten.

Die ebenfalls erstrebte Neuorientierung bei der geographischen und sektoralen Verteilung der Weltbankkredite — insbesondere die stärkere Berücksichtigung der Sektoren Landwirtschaft und Erziehung bei der Auswahl von Vorhaben — dürfte günstige Voraussetzungen für eine erweiterte und dabei flexiblere Weltbankaktivität schaffen. Bei der sektoralen Neuorientierung ist insbesondere zu begrüßen, daß die Weltbank mehr als bisher Vorhaben auch dann fördern will, wenn die Projekte einen hohen Anteil von Kosten aufweisen, die in der Währung des jeweiligen Empfängerlandes anfallen, und daß diese sogenannten Landeswährungskosten mitfinanziert werden sollen. Durch Weltbankkredite wurden bisher grundsätzlich nur die direkten Devisenkosten von Projekten gedeckt und rentable Vorhaben mit einem hohen Devisenkostenanteil bevorzugt. Zwar hatte sich in der Praxis in begrenztem Rahmen bereits eine flexible Handhabung durchgesetzt, in der Vergangenheit wurden also auch schon fallweise Landeswährungskosten übernommen; zur Überprüfung des Prinzips der Devisenkostenfinanzierung haben neuerdings aber erst gesamtwirtschaftliche Prozeßanalysen geführt.

In vielen Entwicklungsländern kann die Eigenanstrengung trotz einsatzfähiger un- oder unterbeschäftigter Arbeitskräfte ohne Gefahr einer inflationären Überhitzung nicht erhöht werden, weil die Angebotselastizität auf Gütermärkten — insbesondere Konsumgütermärkten — produktionstechnisch bedingt gering ist. Wegen einer angespannten Zah-

lungsbilanzsituation kann nicht auf Auslandsmärkte ausgewichen werden, um den Bedarf an Vorleistungen, aber auch an Konsumgütern zur realen Entlohnung zusätzlich beschäftigter Arbeitskräfte, zu decken. Werden grundsätzlich nur die direkten Devisenkosten von Projekten oder Programmen finanziert und handelt es sich bei diesen Vorhaben um Nettoinvestitionen, so ist ein Entwicklungsland in einer solchen Lage gezwungen, entweder auf die Durchführung der Vorhaben — und damit auf Auslandshilfe und spätere Erträge — zu verzichten oder den Landeswährungskostenanteil zu minimieren³. Dadurch wird möglicherweise die Investitionsstruktur nach Kostenarten und Sektoren verzerrt. Dies hat zur Folge, daß neben Anreizen für die einheimische Wirtschaft und Beschäftigungsmöglichkeiten für einheimische Arbeitskräfte auch volkswirtschaftliche Erträge verlorengehen können. Die Übernahme von Landeswährungskosten durch Devisenkredite würde es den Empfängerländern ermöglichen, die eigene wirtschaftliche Aktivität zu erhöhen, ohne eine in der Tendenz inflationäre Nachfrageerhöhung zu bewirken.

Die Finanzierung von Landeswährungskosten durch Devisenkredite wird in der Öffentlichkeit vielfach abgelehnt: Die Übernahme von Landeswährungskosten würde — so heißt es —

(a) einer Zahlungsbilanzhilfe gleichkommen und damit Kontrollmöglichkeiten der Geber über den effizienten Einsatz der Auslandsmittel vermindern;

(b) die Verschuldungssituation der Entwicklungsländer verschlechtern;

(c) keine Devisenkredite erfordern; vielmehr könnte die Weltbank z. B. bei ihr eingezahlte Landeswährungen der betreffenden Entwicklungsländer einsetzen.

Diesen Einwänden ist entgegenzuhalten, daß

(a) die wirtschaftspolitische Rationalität in den Empfängerländern bereits als Kriterium bei der regionalen Verteilung von Entwicklungskrediten berücksichtigt werden kann;

(b) die Übernahme von Landeswährungskosten zwar zu einer verstärkten Weltbankaktivität führen kann, sie jedoch nicht bedingt; bereits bei gleichbleibender Kreditsumme sind längerfristig positive Auswirkungen auf die Zahlungsbilanzsituation der Empfängerländer zu erwarten: Wird anstelle eines

³ Da die Landeswährungskosten immer mindestens den direkten Lohnkosten entsprechen, würde dies z. B. bedeuten, daß kapitalintensivere Verfahren gewählt werden.

devisenkostenintensiven Projektes ein landeswährungskostenintensives gefördert, das jedoch volkswirtschaftliche Priorität genießt, so steigt die Wirtschaftskraft des Empfängerlandes und damit seine Fähigkeit, den Zins- und Rückzahlungsverpflichtungen nachzukommen;

(c) der Vorschlag, Landeswährungskosten durch aufgelaufene Währung der Empfängerländer zu finanzieren, das Problem erkennt: Eine solche Kreditgewährung hat keine andere ökonomische Wirkung als eine zusätzliche Staatsverschuldung bei der Zentralbank. Um binnenwirtschaftliche Über-

forderungen zu vermeiden, benötigen die Empfängerländer Devisen, die zusätzliche Importe bzw. eine andere Importwarenstruktur ermöglichen.

Eine rationale Entwicklungspolitik — und dazu gehört auch die Entscheidung darüber, ob und in welcher Höhe Landeswährungskosten zu finanzieren sind — erfordert gesamtwirtschaftliche bzw. regionale Analysen und Zielvorstellungen und darüber hinaus eine Koordinierung der Entwicklungsanstrengungen der Geber- und der Empfängerländer. Der Fünfjahresplan der Weltbank ist ein Schritt in diese Richtung.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5 und 53 Bonn, Adenauerallee 170
Tel. 76 10 33 — telex 0183247 diwbl

Präsident: Dr. Klaus Dieter Arndt. Abteilungsleiterkollegium: Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Ingeborg Köhler-Rieckenberg,
Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Herbert Martell, Dr. Peter Mitzscherling,
Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter

Für den Inhalt verantwortlich: das Kollegium der Abteilungsleiter. Schriftleitung: Dr. Wolfgang Watter, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5. Verlag: Duncker & Humblot, 1 Berlin 41, Dietrich-Schäfer-Weg 9. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Büro-Technik G. m. b. H., 1 Berlin 36, Muskauer Str. 43

Bezugspreis für den Jahrgang DM 32,—, vierteljährlich DM 9,—. Einzelnummer DM 1,—

— Hierzu 1 Zahlenbeilage —

